

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Pruth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Bm. Sueders, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter Haag, 8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergungungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Die Offiziösen und die deutsche Presse.

Unsere Zeitungen, statt Soldaten und Vorläufer der Freiheit zu sein, sind nichts, als eine industrielle Kapitalanlage und Geldspeculation.

Ferdinand Lassalle.

Die nachfolgenden Zeilen bezwecken nichts weniger, als erschöpfende oder auch nur halbwegs umfassende Enthüllungen über den Reptilienfonds und seine Verwendung. Einmal können solche Enthüllungen der Natur der Sache nach niemals vollständig sein; erdanken wir doch die meisten genaueren Einblicke in das lichtscheue Treiben nur dem Brodneide der Gefütterten, der freilich bei den höchsten, täglich an einem Napfe frissenden Hundes nicht größer sein kann. Namentlich die Pensionaire des Reptilienfonds im Auslande haben arg unter der Schiefacht ihrer deutschen Kollegen zu leiden. Jene pflegen ihre Ehre und Reputation um Vieles zu verkaufen als diese und das ist nicht zu verwundern; bekanntlich behauptet schon der deutschpatriotische Dichter Immermann voll freudigen Ingrimm, daß in Deutschland die Bedienten am besten gerathen und mit dem gesteigerten Angebot wird natürlich die Waare billiger. So brachte es jüngst der Brodneid zweier „Weltblätter“ am Rhein und an der Spree zu Tage, daß die englische Zeitung „Hour“ vom Reptilienfonds gespeist werde. Dem Wissenden war's keine neue Kunde, aber zwei so klassische Zeugen, wie die „Kölnische Zeitung“ und das Organ von Birnbaum-Bischweiler liefern allerdings noch einen triftigeren Beweis, als die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, welche fast täglich — es ist ein Humor zum Todschiefen! — die Auslassungen der „Hour“ als gewichtige Stimme des Auslandes registriert. Und gar wenn die Offiziösen davon erzählen, daß dem Attacé Lindau, dem literarischen Beirathe der deutschen Botschaft in Paris, fünfzigtausend Reptilienhälter jährlich zur Disposition stehen, läßt ihnen das Wasser im Munde zusammen. Ob's wahr ist, sei dahingestellt, denn freilich ist officiöser Reich keine laute Quelle.

Zweitens aber würden rein persönliche Enthüllungen nur einen sehr untergeordneten Zweck haben können. Sie würden sich gegen die häufigsten Symptome richten, aber den Sitz des Uebels liegen sie unerröthert. Es ist eine alte, noch bei jedem Volke beständige Erfahrung, daß, wo immer einer Regierung geheime Fonds zu Gebote standen, niemals die Narren und Schurke fehlten, welche sich zur goldenen Krippe drängten. Ein Kampf gegen diese schuldigen Opfer einer verwerflichen Institution wäre ebenso aussichtslos, als der Kampf, den Hercules gegen die leonidische Hydra führte. Bekanntlich wuchsen diesem sagenhaften Ungeheime für einen abgeschlagenen Kopf sofort zwei neue; gelangte es heute, einen Offiziösen durch Enthüllung seines Treibens unschädlich zu machen, wüßte von Ehrenmännern schlugen sie sich um den valantesten Krieger. Nicht in Personen wurzelt die Pressekorruption im deutschen Reich, sondern in Dingen, in historisch gewordenen Zuständen. Die goldene Reptilienfaat hätte nie eine so schnelle und starke Erneuerung erfahren, wenn nicht der Acker, auf dem sie gesät wurde, seit Jahrzehnten trefflich vorbereitet worden wäre durch den Dünge niedriger Gewinnjucht und häßlichen Concurrenzneides. Diese viel zu wenig beachtete, obgleich entscheidende Seite der Sache darzustellen, ist der Hauptzweck dieser Zeilen, welche nachweisen wollen, daß dieselben Gesetze wirtschaftlicher Entwicklung, die der großen Masse des Volks die leidliche Nahrung verkümmern, auch seine geistige Speise verderben und verfälschen. Persönliches sollen sie nur so viel enthalten, als zur Illustration der zu schildernden Zustände nothwendig ist. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ferdinand Lassalle hat in seiner bekannten Rede: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“ mit fast unheimlicher Schärfe die Zustände vorausgesehen, unter denen heutzutage die deutsche Presse lebt. Er hat damals in glänzender Weise ausgeführt, daß das Annoncenwesen jede politische Presse vernichten, sie aus ihrer hohen Stellung als Führerin und Lehrerin des Volks hinabdrängen müsse zur niederen Lage der privaten Interessen einzelner Gewerbetreibender. Und da kam neulich ein Führer der Fortschrittspartei, Herr Rudolf Parisius und grübelte der sozialdemokratischen Partei, daß sie jenen Unstimm Lassalle's todtschweige. Zugleich machte er der heiligen „Post“ zum Vorwurfe, daß sie einer Partei angehöre, während er es an der fortschrittlichen Presse rühmt, daß sie durchweg im Besitze einzelner unabhängiger Männer sei! Herr Parisius ist ein ehrlicher Mann und glaubt an das, was er sagt, aber um so grauenhafter ist diese absolute Blindheit in einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart. Ist die „Post“ in der That ein Parteiorgan, über dessen Haltung allein Parteiinteressen entscheiden und seien es auch nur die Interessen der freikonservativen Partei — sieht denn Herr Parisius nicht ein, daß sie alsdann ungleich mehr Garantien für ein ehrliches und selbstständiges Urtheil bietet, als Blätter, welche im Besitze einzelner Gewerbetreibenden sind, und seien es selbst die Herren Dunder oder Claffen-Kappelmann? Eine treffende Ironie des Schicksals war's, daß zur selben Zeit als Herr Parisius diese Sprüche salomonischer Weisheit von sich gab, das fortschrittliche Hauptorgan in der Rheinprovinz, die „Rheinische Zeitung“ unter den heftigsten Anklagen gegen die eigene Partei ihren Geist aufgab, weil Herr Claffen-Kappelmann inzwischen aus einem Fortschrittshelden ein Altatholisch geworden war, und daß der Verleger der „Mittelrheinischen Zeitung“ gar seinem fortschrittlichen Redakteur das Blatt unter den Händen wegkramolirte, um es zu Gunsten seiner privatesten, wirtschaftlichen Interessen zu einem nationalliberalen Organ zu machen. Diesen — Unstimm der Thatfachen sucht Herr Parisius freilich nach Möglichkeit todtschweigen.

Gerade was er als den besonderen Vorzug der fortschrittlichen Presse rühmt, ist ihr freies und freies, das ihm freilich nicht eigenthümlich ist, sondern von der gesammten liberalen Presse, d. h. von dem weitaus größten Theile der deutschen Presse überhaupt getheilt wird. So lange sie sich im Privatbesitz befindet, ist sie und kann sie gar nichts anderes sein, als eine industrielle Kapitalanlage und Geldspeculation“ und eine ethische und politische Bedeutung kommt ihr nur dann und nur in dem Maße zu, wenn und inwiefern sich der einzelne Besitzer des einzelnen Blattes neben seinem gewerblichen Interesse, das ihm freilich immer in erster Reihe steht, noch ethische und politische Interessen gewahrt hat. Das alles hat Lassalle in jener Rede so klassisch entwickelt, daß wir statt einer abschwächenden Wiederholung seiner Ausführungen nur einfach auf dieselbe zu verweisen brauchen. Hier kommt es nur auf den Nachweis an, wie sich die Dinge im letzten Jahrzehnt gestaltet haben. Nun, sie haben sich, wie auf jedem wirtschaftlichen Gebiete, so auch auf diesem streng consequent und logisch entwickelt und so wenig vereinzelte, noch so wohlwollende Großindustrielle unter dem Drucke der Concurrenz das eiserne Lohngesetz aus der Welt zu schaffen vermögen, so wenig vermögen einzelne Zeitungsbesitzer, seien sie noch so eifrige Parteimänner, unter dem Drucke der Concurrenz die unauffhaltsame und nahezu vollendete Umwandlung der Presse aus einer politischen Institution zu einer industriellen Kapitalanlage aufzuhalten. Versuchen sie es dennoch, so kommen sie in einen unerbittlichen Conflict zwischen ihren persönlichen und politischen Interessen und es braucht nicht erst gesagt zu werden, welche dann den Sieg davontragen. Wie schnell und unwiderrstlich diese Entwicklung vor sich geht, mag an einigen praktischen Beispielen gezeigt werden. Lassalle richtete vor zehn Jahren seine scharfsten Pfeile gegen die „Volkszeitung“; heute sind wir schon so weit, an eben diesem Blatte in entgegengesetztem Sinne exemplificiren zu können. Herr Dunder, er mag sonst sein, wie er will, hat neben seinen Interessen als Gewerbetreibender noch gewisse Interessen als Parteimann und sein Blatt hat neben dem Bestreben, möglichst viele Abonnenten zu bekommen, noch die Zwecke einer Partei zu vertreten. Der Liqueurfabrikant Däubig und der Annoncenhändler Mosse sind aber nichts, wie Geschäftsmänner im geschäftlichsten Sinne des Wortes und vernünftlich würde es ihnen selbst sehr späßhaft vorkommen, wenn man ihnen eine politische Bestimmung unterstellte; ihre Blätter jedenfalls, die „Staatsbürgerzeitung“ und das hiesige „Tageblatt“ vertreten die absolute, politische Bestimmungslosigkeit. Die „Staatsbürgerzeitung“ befindet sich seit einigen Jahren in andern Händen, worauf es hier nicht ankommt, da sie den von Däubig ihr gegebenen Charakter völlig bewahrt hat. Vor zehn Jahren nun war die „Volkszeitung“ das geleseste Blatt Berlins, heute aber sind es die beiden letztgenannten Blätter und die Abonnentenzahl jedes derselben übertrifft die des ersteren um viele Tausende. Ferner: die scharf nationalliberale „Nationalzeitung“, das Hauptblatt der Partei, welche fast die Hälfte sämmtlicher Reichstagsabgeordneten stellt, bleibt immer auf einem verhältnißmäßig bescheidenen Abonnentenstande stehen, während die ohne bestimmtes Parteiprogramm nur im Allgemeinen „freisinnige“ „Bosfische Zeitung“ fast nicht an Abonnentenzahl verliert. Was aber einen geradezu unüberleglichen Beweis für diese verhängnisvolle Entwicklung der Presse liefert, ist die Haltung der preussischen Blätter bei der Aufhebung der Cautions- und Stempelsteuer. Seit einem Vierteljahrhundert ist das Geschrei über diese „Vertehrung der geistigen Nahrung des Volks“ nicht verstummt und mit rührender Uebereinstimmung datirten alle liberalen Blätter eine neue Aera der Presse von der Aufhebung dieser Lasten. Sie kam endlich und was geschah? Unter den hunderten liberalen Blättern Preußens hat mit absolut verschwindenden Ausnahmen keine den Abonnentenpreis verändert; eine Minderzahl, welche größtentheils unter starker Concurrenz zu leiden hatte, nahm keine, im Verhältnisse zu der finanziellen Erleichterung ganz unbedeutende Verbesserungen — sie bestanden meistentheils in der Beigabe einer feuilletonistischen Sonntagsbeilage — vor. Die Mehrzahl, und fast alle großen Organe, haben laufflos den ersten Juli vorübergehen lassen. Man werden die letzteren zwar einwenden, daß sie ihre redaktionellen Kräfte vermehrt oder wenigstens besser dotirt hätten. Bei einigen ist's der Fall gewesen, bei andern wieder nicht; seien wir inbezug großmüthig und nehmen als Norm das größte und reichste Berliner Blatt an, das in dieser Beziehung gewiß das Meiste gethan hat. Die „Bosfische Zeitung“ hat einige zwanzigtausend Abonnenten; und wenn auch einige laufend Exemplare ins Ausland gehen mögen, was viel zu hoch gegriffen ist, so blieben bis zum 1. Juli noch zwanzigtausend Exemplare zu versteuern. Natürlich zahlte das umfangreiche Blatt den höchsten Steuersatz von 2 1/2 Thlr. jährlich pro Exemplar, machte bis zum 1. Juli eine jährliche Steuer von 50,000 Thlr. und macht von diesem Datum ab ebensoviel jährliche Rente für die Besitzer, welchen diese angenehme Zugabe zu ihrem allerdings schon Hunderttausende von Thlrn. betragenden Einkommen aus dem Blatte als Privatleuten ohne Zweifel erfreulich gewesen ist. Was aber thaten sie als „Vehrer des Volks“, um ihm eine bessere, „geistige Nahrung“ zu liefern? Sie bestimmten für Gehälter- und Honorarerböhung, für das Engagement neuer Correspondenten u. d. jährliche Summe von — viertausend Thlrn. Das geschah am grünen Holze; was wird da am dünnen geschehen sein? Vermuthlich sprach Herr Ricker, Besitzer der „Danziger Zeitung“ und nebenbei nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, als Typus seiner ganzen Gattung, als er nach der definitiven Annahme des neuen Preßgesetzes im Reichstage vergnügt andrief: „Heute lohnte sich's doch noch, ja zu sagen: mir bringt's eine jährliche Rente von zwölftausend Thlrn.“

Sprachs und gründete die „Nationalliberale Correspondenz“, um den „Kulturkampf“ gegen den Sozialismus zu führen.

Der letzte aber und der entscheidende Grund, weshalb die deutsche Presse einen rein geschäftlichen Charakter annehmen mußte und angenommen hat, ist das von Lassalle so heftig befehdelte Annoncenwesen. Wie klar er das Uebel schon in den ersten Anfängen erkannt hat, haben die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts bewiesen. Unter dem Drucke der Concurrenz, welche die Herstellungskosten der Waare vermehrt, ihren Preis aber vermindert oder doch auf einer gewissen unübersteiglichen Stufe hält, ist es zu einer unbestreitbaren und auch von der Bourgeoisie unbetrittenen Thatsache geworden, daß heutzutage kein größeres, täglich erscheinendes Zeitungsunternehmen auch bei der höchsten Abonnentenzahl prosperiren kann — ohne Annoncen. Die Annoncen ist der Pfeiler geworden, welcher das ganze deutsche Preßgebäude trägt. Ehe er zertrümmert ist, ehe nach Lassalle's Vorschlag, den Herrn Parisius Unstimm nennt, den politischen Blättern nicht die Aufnahme von Annoncen verboten wird, kann von einer Reform der deutschen Presse, die ja Herr Parisius und noch mehr sein Freund Ricker so dringend verlangt, überhaupt nicht die Rede sein. Nicht der Redakteur und seine geistige Thätigkeit im politischen Theile der Zeitung, sondern der Besitzer und seine geschäftlichen Speculationen im Annoncenheile entscheiden heute über die Schicksale unserer Blätter. Das weiß Niemand besser, als die deutschen Regierungen, welche seit Jahrzehnten durch Gewähren und Entziehen von amtlichen Annoncen sich einen weittragenden Einfluß auf die Presse gesichert haben. So lange es dem Liberalismus an Kopf und Kragen ging, hat er genug getzert über die Unstittlichkeit, staatliche Interessen als verwerfliche Parteiwaffen zu benutzen; jetzt, wo die preussische Praxis nur an „reichfeindlichen“ Organen gelbt wird, ist er wüthend still, ein Stillschweigen, dem gegenüber der neuerliche Spektakel über die Maßregelung des „Leipziger Tageblatts“ Seitens der sächsischen Regierung zu einer wahrhaft widerwärtigen Heuchelei wird. In etwas anderer Form bewies die preussische Regierung um Weihnachten 1870 ihre genaue Kenntniß der Stelle, wo der liberalen Presse das Herz sitzt. Als ihr damals die Haltung der „Bosfischen Zeitung“ unbedenklich wurde, ließ sie eines schönen Tages, an dem das Blatt gerade elf Annoncenbeilagen hatte, dasselbe confisciren; zugleich wurde den Besitzern officiös bedeutet, daß, wenn sich die Haltung der Zeitung nicht ändere, werde sie unbefehlen vierzehn Tage lang, Tag für Tag confiscirt werden. Und was that das „freisinnige“ Blatt gegenüber dieser unerhörten Willkür? Es erschien wochenlang, noch über die vorgeschriebene Zeit hinaus, ohne jeden Leit- und raisonnirenden Artikel. Was war hier entscheidend, die politischen Interessen einer Partei oder die jämmerlichen Rücksichten der Geldspeculation?

Unter solchen Umständen wird dem Besitzer einer Zeitung die Frage der politischen Haltung seines Blattes immer nur in soweit in Betracht kommen, als sie auf die Frage nach möglichst reicher Füllung seiner Annoncenpalten Einfluß hat. Gewissenskrampf werden ihn um so weniger stören, je mehr sich in den letzten Jahren alle besonderen Parteiunterschiede in dem allgemeinen Wohlgefallen der „Reichsfreundlichkeit“ aufgelöst haben. Die Annoncenfrage wird allerdings immer von der Abonnentenfrage bis zu einem gewissen Grade abhängig sein, denn im Allgemeinen lockt ein Blatt, je gelestener es ist, um so mehr die Inserirenden an. Nun aber wird die Zeitung in der großen, indifferenten Masse des Publikums am meisten Leser finden, welche die schnellsten und sichersten Nachrichten bringt und solche Nachrichten sind nur zu haben von der — Regierung.

Hier ist der Punkt, an welchem das geschäftliche Interesse des Zeitungsbesizers und das politische Interesse der Regierung von selbst aufeinanderstoßen und — schöne Seelen finden sich; hier ist der Punkt, welcher mehr noch, als die Millionen des Reptilienfonds die ungläubliche Zunahme der Pressekorruption erklärt; hier ist der Punkt, in dem der giftigste und unausrottbarste Zweig dieser Corruption wurzelt. Wenn einzelne Zeitungen und einzelne Journalisten sich erkaufen lassen, so ist das traurig genug, aber so reich der Reptilienfonds ist, so viele Federn auch in seinem Solde stehen, so viele namentlich kleinere zur Bekämpfung der „rothen und schwarzen Internationalen“ gegründete Blätter er mit schwerem Gelde erhält, die ganze deutsche Presse zu erkaufen, die ganze deutsche Journalistik zu bezahlen, reichen seine Fonds doch nicht aus. Gerade auf die größten Organe der deutschen Presse kann die Regierung nur dadurch Einfluß gewinnen, daß sie die geschäftlichen Interessen ihrer Besitzer ausnützt.

Natürlich wird die Verbindung der beiderseitigen Interessen keinen unmittelbaren Ausdruck finden, denn die öffentliche Meinung hat bei Beurtheilung des Begriffs „officiös“ vielfach noch eine unbequeme Aufrichtigkeit. Die vermittelnden Kanäle nun sind die unter dem Scheine liberaler Selbstständigkeit schreibenden, thatsächlich aber täglich von den Preßbureaux mit Nachrichten gesättigten Correspondenten, die allergeringste Spielart der Offiziösen. Denn sie täuschen mit ihrem heucheligen Treiben nicht nur das große Publikum, sondern auch erfahrene Journalisten, weil sie nicht nur für, sondern wenn das Kommando von Oben so lautet, gelegentlich auch gegen die Regierung schreiben; ihre Feder spricht das officiöse Gift bis in die letzten Verästelungen der deutschen Presse und doch, wenn sie der Officiösität beschuldigt werden, leugnen sie — eine unwillkürliche Halbzigung der Schande an den Anstand! — auf Tod und Leben ihre Abhängigkeit. Einer oder der andere, zu sehr in die Enge getrieben, gesteht wohl zu, Mittheilungen von der Regierung zu erhalten, aber nur — um sie in seinem Sinne zu verwerthen. Natürlich ist das eine ebenso

lächerliche, wie kolossale Pöbe. Denn wagten sie es je, eine Zeile zu schreiben, welche der Regierung unbecommen wäre, so würden sie natürlich keine Mittheilungen mehr erhalten und damit eine meist bis sehr hoch in die Tausende reichende Einnahme verlieren. Denn das muß man den Badern nachsagen — das Geschäft verstehen sie und was unabhängigen Journalisten Ehren- und Parteilichkeit ist, ist für sie natürlich nur ein Geschäft. Kommt je ein Verleger auf die parlamentarischen Journalistentribünen in Berlin, dann geht's ihm, wie einem ausländig gekleideten Manne, der den Berliner Mühlendamm passiert, er kann sich vor offiziiösen „Anreißern“ nicht retten. Während der letzten Reichstagsession kam eine sehr spaßige Scene dieser Art vor. Ein reicher Zeitungsbesitzer aus der Provinz, dessen Spezialkorrespondent für parlamentarische Dinge ein unabhängiger Publicist ist, wird auf der Tribüne von einem ihm unbekanntem Manne überfallen, der sich vorstellt und dann seine Correspondenzen offerirt: „Ich sage Ihnen, es sind keine Sachen, die neusten Nachrichten aus dem Bundesrath; was wollen Sie mit dem faulen Zeug von B? Der hat gar keine guten Beziehungen, und ich mach's auch billiger.“ „Um wie viel denn?“ fragte der ergözte Verleger. „Na“, erwiderte der Edle, dem die Honorarfälle der betreffenden Zeitung unbekannt waren, „sagen wir, täglich nen halben Thaler billiger.“ Natürlich drehte der „Angerissene“ dem Biedermann den Rücken. Aber wenn die nationalliberale Partei ihre offiziellen Feste hält, soastet dieser interessante Schacherer regelmäßig als Vertreter der Presse auf die „Kulturaufgaben der deutschen Nation“ etc.

Unter diesen heimlichen Offiziösen war früher der hervorragendste und talentvollste der bekannte Dr. Kobolski, der sein heimliches Handwerk Jährelang so geschickt betrieb, daß man selbst in vielen journalistischen Kreisen nichts davon ahnte. Er gerieth dann später mit Agidi in einen persönlichen Konflikt, in welchem Beide aufeinander losschlugen, daß man sehr leicht auf einen bekannten Goethe'schen Vers erinnert wurde. Herr Kobolski ist jetzt eine untergehende Sonne, obgleich er noch für die „Weserzeitung“, die „Neue Frankfurter Presse“ etc. schreibt. Es lohnt sich nicht mehr, an ihm zum Ritter zu werden; es ist aber der beste Beweis dafür, wie selbst ein schönes Talent in dieser unwürdigen Beschäftigung bekommt.

Die rechte Hand Herrn Agidi's ist jetzt Herr Dr. Johantzen, Docent an der Berliner Universität. Nebenbei bemerkt, wie denkt der Senat der Hochschule über diese „gelehrte“ Beschäftigung? Herr Johantzen hört es nicht gern, wenn er offiziiös genannt wird, obgleich er jeden Vormittag von Agidi empfangen wird. Er ist der ? Correspondent der „Magdeburger Zeitung“, der 2 Correspondent der „Weserzeitung“, der 1* Correspondent der „Magdeburger Allgemeinen Zeitung“ und noch anderer Blätter. Wir heben diese drei Organe hervor, weil dieselben zweifellos finanziell völlig unabhängig sind und eben nur im pekuniären Interesse des Verlegers die offiziiöse Vergiftung der öffentlichen Meinung fördern.

Bekanntlich giebt es in Berlin zwei Pressbureaux, das eine unter Leitung Agidi's im Reichsfinanzamt, das andere unter Leitung der Regierungsräthe Hahn und Kützge im preussischen Ministerium des Innern. Ist in jenem Dr. Johantzen der oberste Geigenspieler, so ist's in diesem Dr. Dörr. Den Armen verfolgt ein tragisches Geschick, welchem selbst seine ärgsten Gegner ihr Mitgefühl nicht versagen können. Er war deutscher Dichter, und da diese Thätigkeit heutzutage wenig nahrhaft ist, so trieb ihn nur, wie er heute noch wehmüthig seinen Freunden versichert, die „äußerste Noth“ in die mittellosen Arme des Reptilienfonds. Er besitzt nun zwar eine prächtige Villa in Steglitz, eine eigene Equipage, große Theile von dem Rittergute französisch-Buchholz, aber die unglücklich weitest Auslegung, welche seine großartige Dichtphantase dem Begriffe „äußerste Noth“ giebt, zwingt ihn noch immer, in der, wie er seinen Freunden versichert, ihm sehr verhassten Umarmung anzuharren. Er correspondirt für sehr viele Blätter, u. A. unter dem Zeichen A in der „Magdeburger“ und unter dem Zeichen C in der „Breslauer Zeitung“.

Nicht direkt unterthan einem der beiden Pressbureaux, eine Biene vielmehr, welche aus allen Blumen nährt und am liebsten aus dem nahrhaftesten Reiche des Bundesraths, ist der gefaltete König und Primus jener edlen Schaar, welche in der journalistischen Thätigkeit nichts sieht, wie eine „mellende Kuh“ oder vielmehr — denn dieser klassische Vergleich wäre hier zu edel, — nichts, als „u' Geschäft“, Herr Dr. Moriz Gumbinner. Er ist Herausgeber des großen Parlamentärsberichts der „Kölnischen Zeitung“, welcher in einem neuerdings veröffentlichten Uebersicht der englischen Regierung über die parlamentarische Berichterstattung in den europäischen Parlamenten als ein unvergleichliches Muster gepriesen wird. Wo mag sich wohl die englische Botschaft in Berlin ihre Informationen geholt haben? Er ist ferner der * Correspondent der „Kölnischen“, der r. Correspondent der „Neuen freien Presse“, politischer Mitarbeiter der „Nationalzeitung“ und der „Spener'schen Zeitung“, Correspondent eines Duzend etwa von größeren Provinzialblättern (u. A. der v. Correspondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“), politischer spiritus familiaris zweier Berliner Klatschblätter, der „Tribüne“ und der „Montagszeitung“, Theaterreferent der „Spener'schen“ etc. etc. Seit Goethe und Humboldt ist eine so umfassende Thätigkeit unerhört und was Wunder, daß sich da niedriger Reiz an die Fersen des großen Mannes heftet. Prof. Boretius schrieb sich in der „Nationalzeitung“ die Finger wund gegen diese allumfassende Thätigkeit, welche er von seinem gemeinen Standpunkte aus das „unwürdige Treiben eines Offiziösen“ nannte; aber es giebt noch ein gerechtes Schicksal, Prof. Boretius mußte hinaus aus der Redaktion der „Nationalzeitung“ und „auf dem Stuhle, den er leer gelassen, wußt Moriz sich mit Würde gleich zu fassen“. Der Abgeordnete Klöppel erklärte öffentlich in der „Rheinischen Zeitung“, daß Herr Dr. Gumbinner Berichte, die im Interesse des Finanzministers Camphausen gefälscht seien, in die „Kölnische“ geschmuggelt habe, der Abgeordnete Richter erklärte gleichfalls öffentlich im Parlament und in der „Hagen'schen Zeitung“, daß Herr Dr. Gumbinner nach eigenem Geständnis mit den Pressbureaux in fortlaufender Verbindung stände, aber — die „Kölnische“ setzte ihre Ehre gegen die Ehre von Herrn Richter und Herr Gumbinner ging in neuem Glanze aus der augenblicklichen Verdunkelung hervor. Doch halt — fast wäre das höchste Ehrenamt des großen Mannes vergessen; wenn die nationalliberale Partei ihr offiziielles Festessen hält, soastet er regelmäßig als Vertreter der Presse auf die „Kulturaufgaben der deutschen Nation“ etc.

Nicht ganz so umfassend, aber praktischer kämpft sein Bruder Sally Gumbinner für diese Kulturaufgaben. Seine literarische Küche ist mit genialer Einfachheit eingerichtet; es sind nur zwei Bratpfannen da, in der einen werden die täglich aufgeschnappten „Nachrichten“ in „reichsfreundlicher“, in der andern in „reichsfeindlicher“ Sauce geschmort und dann fliegen sie nach allen Richtungen der Windrose und auf den Tisch aller Parteien. Wenig und übergenug! Es ist hier nur von einer Spielart

der Offiziösism gesprochen worden, aber der Leser wird vorläufig kein Verlangen nach Mehr haben und wird es jetzt schon verstehen, daß in solchem Hosenablat selbst den reichsfreundlichsten Journalisten, sofern sie nur etwas auf sich und ihre Feder halten, übel zu Rathe wird. Im letzten Jahre allein haben vier der angesehensten, und geistig bedeutendsten Publicisten der nationalliberalen Partei, Boretius, Wrempfeniz,hardt und Alsted Dose, ihre journalistische Thätigkeit aufgegeben. Wie weit muß es mit der deutschen Presse gekommen sein?

Es ist auch Ernst, ihr wackeren Ritter von der Reichsfreundlichkeit, mit eurem Lobgesange von den unerschütterlichen Grundfesten des deutschen Reichs, so macht endlich ein Ende mit dieser öffentlichen Schmach und Schande. Denn hier handelt es sich nicht um die Sache einer Partei, sondern um die geistige Prostitution im Vaterlande der Kant, Lessing und Schiller.

Politische Uebersicht.

— Was uns fehlt: Der Bonner Professor Adolf Held, derselbe, der ein ganz unbedeutendes Buch über die Arbeiterpresse herausgegeben hat und zu den Kathedersocialisten zählt, hat in der „Concordia“ einen bandwurmartigen Artikel über die Socialdemokratie in Sachsen veröffentlicht. Aus diesem Artikel geht jetzt eine Stelle durch die Presse, in welcher der Herr Professor die Quadratur des Kreises endlich entdeckt, d. h. ausfindig gemacht zu haben glaubt, wie man die Socialdemokratie vernichten kann. Der Mann schreibt:

„Was ich gesehen habe, brachte in mir die Ueberzeugung hervor, daß die Verhältnisse der sächsischen Arbeiter im Ganzen schlecht sind. Der niedrige Stand der Löhne ist nicht das eigentliche Uebel, denn diese sind in manchen Industriezweigen ziemlich gut und könnten in den andern bei besserer Leistung höher sein. Das Uebel besteht darin, daß die Masse verarmt ist. Die gegenwärtige Socialdemokratie in Sachsen ist keine großartige Erscheinung, die man bewundern könnte. Sie ist vielmehr eine klägliche und demitleidenswerthe Verirrung, die, wenn ihr nicht Einhalt geschieht, sehr gefährlich werden kann. Aber wenn man sie in keiner Weise bewundern kann, so kann man sich auch gar nicht darüber verwundern, daß sie besteht. Nicht eine angeborene Schlechtigkeit des Arbeiters, auch nicht eine raffinierte Kunst der Agitatoren allein ist ihr letzter Grund — dieser besteht darin, daß die Besitzenden nicht hoch genug denken und nicht energisch und opferwillig handeln, um sie zu untergraben. Nebenbei ist es auch anzusetzen, daß die Regierung zu lange die sozialen Dinge gehen ließ, wie sie gingen, und über die Vermehrung der Production die Schäden in der sozialen Lage vergaß. Es ist schmerzlich, eine Schuld eingestehen zu müssen, auch wenn diese keine persönliche, sondern eine Gesamtschuld ist — aber es ist zugleich tröstlich, zu wissen, daß der Grund eines Uebels und damit das Uebel selbst zu heben ist, wenn auch nur langsam und allmählich. Die Besitzenden dürfen nicht nur für ihre Klasse rechnen, sie müssen für das Wohl der Gesamtheit denken und handeln.“

Armer Teufel! Wer wagt es, bis die Besitzenden „hoch denken“, der muß älter wie Methusalem werden. Wir werden uns also noch eine gute Weile unseres Daseins in Sachsen erfreuen, nicht wahr, Herr Held?

Uebrigens wollen wir einmal untersuchen, was die Klasse und Partei, der Sie angehören, thut, um die „verwahrloste Masse“ zu heben. Vor Allem werden mit ungemeinem Eifer recht viele Krieger- und Militärvereine gegründet, nicht wahr, Herr Held, die von Spiesgleichen und sogar „von oben her“ zücht gehalten und gepflegt werden, damit der „militärische Geist“ und Patriotismus wach bleibe. Wie diese Vereine bestrebt sind, die „verwahrlosten Massen“ zu bilden, lesen wir in den „Leipziger Nachrichten“ aus Zwenkau bei Leipzig:

„Etwa 15 Studenten sind mit Mitgliedern des Zwenkauer Militärvereins, der am selben Tage ein Fest feierte, in der Nähe des Gasthauses zum Kronprinzen, wegen ganz geringfügiger Reiberei, aneinander gerathen und bald ist der helle Tumult losgebrochen, schwere Thätlichkeiten sind verübt worden. Von allen Seiten ward auf die Studenten losgeschlagen, die sich unter dem wildesten Straßenkampf nach dem Rathhaus flüchteten, wofelbst sie Schutz fanden. Die Menge zerstückte die Fenster und verlangte die Herausgabe der Studenten. Bis Mitternacht hat das Lärmen gedauert. Ueberdies hatten die Studenten doch Gelegenheit gefunden, sich zu flüchten und nach Leipzig zu gelangen, zwei aber mußten schwer verwundet zurückbleiben und in ärztliche Behandlung gegeben werden; einer von ihnen hat einen Messerstich tief in die Brust erhalten. Eine Dame aus Leipzig, welche Zeugin der entsetzlichen Straßenscenen gewesen, verfiel in Krämpfe und zeigte nach diesen Spuren geistiger Störung.“

Das ist wohl die „Bildung“, Herr Professor, welche Ihre Partei mittelst ihrer Kriegervereine in die „verwahrlosten Massen“ tragen will? Wir wollen Ihnen einen guten Rath geben: Bleiben Sie hübsch zu Hause und segnen Sie die „Verwahrlosung“ aus Ihrer Partei, aus der Bourgeoisie und aus den besitzenden Klassen überhaupt aus. Wenn Sie damit fertig sind, dann erst mögen Sie zu den Arbeitern kommen und fragen, ob es für Sie noch etwas zu „segnen“ gibt!

— Wie eine Gesellschaft von alten Vasen beim Kaffe schnattert und klatscht die Reptilienpresse aller Deits über das Kissingen „Attentat“ und schnüffelt nach „Reichsfeinden“, denen sie zumuthet, auch so „theilnahmlos“ von dem „Attentat“ zu reden, wie etwa die „Nordd. Allgem. Ztg.“, welche mehrere Nummern hindurch je sechs ihrer mächtigen Spalten mit dem Kissingen Klatsch angefüllt hat.

Sprechen wir unsere Meinung über das Kissingen Spektakelstück ein für allemal aus!

Bismarck sagte gleich nach der Affaire: „Die Sache ist zwar nicht curgemäß, aber das Geschäft bringt es eben einmal so mit sich!“ — So zu lesen in der Kissingen „Saal-Zeitung“ vom 15. Juli.

Acceptirt! Solche Dinge gehören zum „Geschäft“ eines „großen Staatsmanns“. Somit ist das ganze Käthel gelöst. Das Attentat war ein „Geschäft“. Das entspricht völlig unserer Auffassung. Und damit basta!

Weiter interessant ist nur, daß jetzt noch weitere Polizei nach Kissingen zu der schon dort anwesenden befördert wird. Herr Madai, der Polizeipräsident von Berlin, ist schon dort, um den „Obergeheimen“, Herrn Stieber, zu ersetzen, der jetzt eine andere Persönlichkeit auf Reisen begleiten muß.

Stieber und Madai gehören doch wohl auch zum „Geschäft“?

— Nationalliberales Wunder. Vor Kurzem war in allen „liberalen“ Blättern großes Geschrei über die Wundergläubigkeit der Ultramontanen, welche im Luxemburgischen wieder eine

Blutschwigerin etablirt haben. Alle „Sauberten“ und Wascherjournalisten geberdeten sich gewaltig „freisinnig“. Kaum aber das Kissingen „Attentat“ in Scene gesetzt, so sind plötzlich „liberalen“ wundergläubig geworden, denn nach allen „freisinnigen“ Blättern ist es „Gottes Hand“, welche Bismarck rettet hat. Dazu machen sich noch andere Wanter bemerkbar, denn die „reichstreuen“ Bürger von Rosenheim in Bayern an Bismarck telegraphirt haben:

„Der Schuß, den Gott von Ihnen abgewendet hat, ist in's Herz gegangen.“

Wird denn kein Volksvertreter sich erbarmen und den Ant auf Errichtung eines Reichs-Narrenhauses stellen?

Freilich, auch Franz Joseph von Oesterreich hat an Bismarck telegraphirt:

„Lieber Fürst! Ich danke Gott für seine Gnade, mit der Sie so sichtbarlich beschützt hat!“

Na, wenn „oben“ so ansieht, da begreift man die „schränkten Unterthanen“. Und doch sind es heuer 96 Jahre, Voltaire gestorben ist!

— Herr Stieber ist doch wirklich recht ungeschickt; er hat die Welt schreiben lassen, daß die Bismarckische „Streitmacht“ von dem Pfropfen des Westers — wir wollten sagen Kullmar'schen Pistols herrührt. Wo bleibt nun die Kugel? Wo der Beweis, daß die Pistole nicht blind geladen war, und die „Streitmacht“ nur ein unvorhergesehener Zufall? Uebrigens sang sogar die Nationalliberalen schon an zu merken, daß es mit diesem Attentat nicht ganz richtig ist, und die „Magdeburger Zeitung“ meldet bereits, daß die Mutter des Attentäters Irrenhaus sitze. Wir fürchten, Freund Stieber, kommt nicht wohlfeilen Kaufes davon.

— Zu der stehenden Thraße, daß die Socialdemokratie es sei, welche die Arbeiter „aufreize“, liefert die „Volkszeitung“ einen vorzüglichsten Commentar, natürlich wider ihren Willen:

„Am Sonntag war Schöneberg der Schauplatz einer kleinen Revolte. Der in der Colonnenstraße wohnhafte, bei der Wasserleitung im Thiergarten beschäftigte Schachtmeister Anders hat am Sonnabend seiner Arbeitercolonne den fälligen 14tägigen Lohn nicht ausgezahlt, die Leute vielmehr zum Sonntag früh beim Empfangnahme des Geldes nach der Arbeitsstelle beordert, li sich selber aber während des ganzen Tages dort nicht blicken. Gegen Abend wurden die Arbeiter, ca. 30 an der Zahl, begreiflicherweise ungeduldig und rüsten dem Anders vor's Haus da sie zu demoliren drohten, falls sie nicht sofort befriedigt würden. Die Intervention der Gendarmen, noch mehr aber zu rechter Zeit sich einstellende derbe Gewitterregen ersticken jeden Aufruhr noch im Keime. Anders ist übrigens bis zum Dienstag früh weder auf der Arbeitsstelle noch zu Hause gesehen worden, so daß zu befürchten steht, es sei ihm irgend ein Unglück zugefallen.“

Das ist also „Revolte“ oder gar „Aufruhr“, wenn ein lieber Kerl, der so und so viel Arbeiter nicht bezahlt, die da dringend auf ihren Lohn angewiesen sind, und die Arbeiter damit nicht zufrieden geben wollen. Gleich sind dann die Gendarmen da, aber niemals, um den Arbeitern zu ihrem Rechte vorzuleben, womit die Sache am schnellsten und besten erledigt würde, sondern um die „Ordnung“ aufrechtzuerhalten, d. h. dafür sorgen, daß die Arbeiter „in aller Ruhe“ mit langer Nase ziehen müssen. Und da wundern man sich, daß den Arbeitern endlich einmal die Halle überläßt, wenn sie vierzehn Tage lang abgearbeitet haben und dann erst noch um ihren Lohn, an den die Familie zu Hause wartet, beschwindelt werden sollte. Unsere Herren Kapitalisten und ihre Rächer der „öffentlichen Meinung“ finden das freilich in der Ordnung!

— In Braunschweig hat Herr Polizeidirektor Meyer am 16. Juli ein Verbot erlassen:

„Das auf Sonntag, den 19. d. Mts. anberaumte „Groß-Arbeiterfest“ in Wagenbreit's Garten fällt, da programmgemäß bei Gelegenheit desselben eine Eröffnung- und Festrede gehalten werden soll, in denen unzweifelhaft öffentliche Angelegenheiten besprochen werden, unter das Gesetz über den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts.“

Es ist unstatthaft, theils weil die gesetzlich vorgeschriebene Anmeldung nicht erfolgt ist, theils weil daran Frauen und Kinder theilnehmen sollen, und wird deshalb bei Vermeidung der in dem erwähnten Gesetze angedrohten Strafe etc. verboten.

Braunschweig, 16. Juli 1874.

Herzogliche Polizeidirection.
E. Meyer.

Der „Volksfreund“ bemerkt dazu: „An demselben Tage, an dem das Arbeiterfest stattfinden soll, begiant das Nordwestdeutsche Bundeschießen. Bei diesen Festlichkeiten wird gleichfalls nicht eine, sondern wohl auch mehrere Festreden gehalten werden, in denen unzweifelhaft öffentliche Angelegenheiten zur Besprechung gelangen“ und fällt demgemäß auch das Schützenfest „unter das Gesetz über den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts.“

Außerdem werden an dem Feste Frauen und Kinder teilnehmen. Brauchen wir die Verfügung des Polizei Directors noch ein Kritik zu unterwerfen? Ist es plötzlich unstatthaft geworden, daß ein Arbeiterfest durch eine Festrede seine Weihe erhält? Wann wird das Vereinsgesetz so ausgelegt, daß man in einer Festrede von vornherein die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten verbot? Diesen Maßstab angelegt, welche Rede betrifft dann nicht öffentliche Angelegenheiten? Die Arbeiter feiern ein Fest und das Fest soll nicht seine Weihe erhalten dürfen durch eine öffentlich erhebende Rede, welche den Arbeiter an die höchsten Güter der Menschheit, an ihre Rechte und Pflichten erinnert! Wenn das gesetzlich verpönt ist, mit welchem Rechte darf dann irgend ein anderes Fest durch eine Rede verherrlicht werden? Mit welchem Rechte darf eine Schanfeier begangen werden, bei der die Festrede doch noch viel unzweifelhafter öffentliche Angelegenheiten berührt?

Das sind Fragen, die wir nicht zu beantworten brauchen. Jeder Arbeiter wird sich selbst die Antwort geben können und werden wir laut und verständlich genug, ohne daß wir ein Wort zu sagen brauchen.

Die Arbeiter aber werden nichtdestoweniger versuchen, sich ihnen nicht doch gestattet ist, ein Fest zu feiern, sei es auch, ohne daß irgend eine Festrede gehalten wird. Man wird es ihnen nicht verwehren können, mit ihren Familien beim Klänge der Musik einen Sonntag-Nachmittag zusammen zu verleben, und ohne daß Reden gehalten werden, wird in der Arbeiter das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wach bleiben. Das Festcomité hat die geeigneten Schritte gethan, um das Glatzli den des Festes, ohne Reden, zu ermöglichen; nun Arbeiter, sei es eure Pflicht durch euere massenhafte Theilnahme an dem Feste zu bezeugen

daß ihr Verständnis für die Arbeiterfrage hat. Ist genug glaubt man auch für manches sogenannte Volksfest beugen zu können, bei dem ihr nur als Staffage dient; am Sonntag findet ein allgemeines Arbeiterfest, ein wirkliches Volksfest statt, also Arbeiter, Mann für Mann, nebst Frauen und Kindern, ihr wißt, wo euer Platz ist. Eure massenhafte Beteiligung an dem Feste im Wagenbreitschen Garten wird die großartigste Demonstration sein."

Man schreibt uns: „Der Artikel in Nr. 82 über den Zweikampf bringt mir eine Thatsache in Erinnerung, welche eine Erörterung an dieser Stelle erfordert. Mitte März 1873 — also vor fünfjähriger Jahren — wurde vor dem Leipziger Schwurgericht der Studentenduellprozeß Wildenhahn abgehandelt. Bezogter junger Mann war unter die Anklage der fahrlässigen Tödtung gekommen, weil sein Gegner an den Folgen des Duells gestorben war. Die Geschwornen sprachen indeß den Angeklagten frei, weil das ärztliche Gutachten die Möglichkeit nicht ausschloß, daß der Todesfall bei besserer Pflege der Duellwunde unterblieben wäre. — Darüber läßt sich nicht sagen. Etwas Anderes aber kommt in Betracht. Nachdem Wildenhahn der fahrlässigen Tödtung für nichtschuldig erachtet worden, war der Staatsanwalt verpflichtet, wegen des geringeren Vergehens auf Grund der §§ 201 oder 203, welche den Zweikampf überhaupt mit Strafe belegen, die Anklage zu erheben. Wie ich mich genau erinnere, hat selbst das „Leipziger Tageblatt“ damals in einem sehr scharfen Aufsatz den Staatsanwalt hierauf aufmerksam gemacht. Ist nun jene zweite Anklage gegen Wildenhahn erhoben worden oder nicht? Eine genaue Beantwortung dieser Frage konnte ich bis jetzt nirgends erlangen, und doch wäre sie im Interesse der Justiz wünschenswerth; vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß sie erfolgt. — Bemerken will ich dabei, daß die Anklage, wenn sie erhoben wurde, nicht abermals vom Schwurgericht, sondern vom Bezirksgericht verhandelt sein müßte, weil geringere Vergehen, deren Thatsbestand vom Angeklagten zugestanden wird, vor Schöffen oder Geschwornen nicht gelangen.“

In Cassel ist das Vereins- und Versammlungsgesetz vollständig aufgehoben. Versammlungsanmeldungen weist die Polizei zurück mit dem einfachen Bescheid, daß man warten müsse, bis die Berliner Angelegenheiten der Sozialdemokraten (vom Allg. deutschen Arbeiterverein) zum Austrag gebracht sei. Also bis Lessendorf mit seinen Prozeßen fertig ist, sollen die Casseler Arbeiter mit Versammlungen warten. Das ist nicht mehr weit vom Belagerungszustand.

Aus dem „Zeitgeist“ ersehen wir, daß man auf der Post zu Rosenheim in Bayern unsern Abonnenten den „Volksstaat“ (auch den „Zeitgeist“) acht Tage (!) lang vorenthält! Auf Reklamationen hat der betreffende Postbeamte geantwortet: „Die Schuster können warten.“ Wir ersuchen unsere Abonnenten in Rosenheim, und den sauberen Postbeamten zu nennen. Wir werden dann diesem Burschen den Standpunkt in einer Weise klar machen, daß ihm für immer die Lust zum Chicanieren unserer Abonnenten vergehen soll!

Wegen erwiesener Theilnahme an dem geheimen sozialdemokratischen Landescomité hat die Staatshalterei zu Graz acht Arbeitervereine aufgelöst, wobei der Telegraph. Da ein „geheimes Landescomité“ nicht existirt und doch „erwiesen“ ist, so muß man eben zu Gute halten, daß es österreichische Bureaukraten und Standschwärmer sind, welche es fertig gebracht haben, die Existenz eines nicht existirenden Comités zu „erweisen“.

Sechster Congress der social-demokratischen Arbeiterpartei.

Coburg, 19. Juli. Nachdem die Congressmitglieder einer Einladung der hiesigen Partigenossen zu einer Morgenpromenade Folge geleistet, wurde die Sitzung des Congresses um 11 Uhr Vormittags eröffnet. Es sind 53 Delegirte erschienen. Ein Schreiben eines Posener Parteigenossen wird mitgetheilt, welcher wünscht, daß für die Provinz Posen eine Agitationschrift in deutscher und polnischer Sprache herausgegeben werde. Das Schreiben wird bei dem von der Agitation handelnden Theile der Tagesordnung zur Sprache kommen. — Ein anderes Schreiben enthält eine Beschwerde über Eckstein; dasselbe wird einer Commission überwiefen.

Geib erstattet hierauf Namens des Ausschusses Bericht. Nachdem er über die Art der Thätigkeit des Ausschusses Mittheilung gemacht, hebt er die Fortschritte hervor, welche die Partithätigkeit im letzten Jahre gemacht. Die Summen, welche seit dem vorigen Congress von der Partei an Steuern zusammengebracht wurden, übersteigen alle Summen früherer Abrechnungen. Dazu kommt noch, daß der Wahlfond besondere Opfer forderte, außerdem aber unablässig für Beschaffung von Unterstüßungsgeldern gesorgt werden mußte. Die Ausgaben im Parteiconto betragen im letzten Rechnungsjahre 2886 Thlr. 26. 1. Unter den Einnahmen betragen die Parteisteuern 2063 Thlr. 29. 2. Der Wahlfond hatte 1264 Thlr. 4. 2. in Einnahme und Ausgabe. Der Unterstüßungsfonds vorausgabte 1841 Thlr. 26. 6. Der Parteifassirer hatte im letzten Rechnungsjahre 1117 eingehende und 408 abgehende Briefe und Geldsendungen zu verzeichnen; das Parteisekretariat empfing 1934 Briefe und sonstige Sendungen, während von ihm 3195 ausgingen. Während im vorigen Jahre die Partei nur an 170 Orten ihre Vertrauensmänner hatte, so sind heute schon deren 226 zu verzeichnen.

Am Schluß bemerkt der Bericht: „Wenn wir schließlich noch unsere Stellung zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein erwähnen, so geschieht dies nur, um zu konstatiren, daß seit der Reichstagswahl der alte Hader im Wanken begriffen ist. Biel trägt dazu die Thatsache bei, daß der Allgemeine deutsche Arbeiterverein jetzt von oben herab annähernd mit gleichem Maße gemessen wird wie unsere Partei. Daß die Stellung des Allg. d. Arbeitervereins doch noch eine zurückhaltende ist, geht aus der Abstimmung über den in der Generalversammlung dieses Vereins gestellten Einigungsantrag, für welchen unter 69 Delegirten nur 19 stimmten, deutlich hervor. Wir haben uns demgemäß zu reserviren und vor allem auf die prinzipielle Haltung des Allg. d. Arbeitervereins zu achten, da hierin ein wesentliches, wenn nicht das wesentlichste Moment zur Richtschnur unserer Einigungstaktik zu suchen ist.“

Der Ausschuss unterbreitet dem Congress seinen Bericht in der Uebersetzung, seine Pflicht erfüllt zu haben. Wenn hier und da Fehler vorgekommen sein sollten, so dürften dieselben mit Hinweis auf die Schwierigkeit, es überall richtig zu machen und Allen zu gefallen, auf ihren wahren Werth leicht zurückzuführen sein. Möge das kommende Verwaltungsjahr gleich günstige Resultate für die Partei zu Tage fördern, wie das soeben vollendete.

Das Gute und Lebensfähige wahrhaft, möge die Partei festen Schrittes auf der betretenen Bahn weiter wandeln, alle Zweifeln meiden und das Programm in der einen, die Organisation in der andern Hand, an den Klippen der Gegenwart vorbei ihrem hohen Ziele, der Befreiung der Menschheit entgegenstreben!“

3. Schade (Frankfurt a/M.) erstattet hierauf Namens der Controlcommission Bericht über die Thätigkeit derselben.

An die Berichterstattung des Ausschusses und der Controlcommission knüpft sich zunächst der Antrag, eine zwischen Nord und Schuhmacher und Hillmann schwebende Streitigkeit einer Commission zu überweisen. Derselbe wurde gewählt.

Ein Antrag Burkhardt's (Stuttgart), der jedesmaligen letzten Vierteljahresabrechnung, welche auf dem jährlichen Congress zur Vertheilung an die Delegirten gelangt, die gesammte Jahresbilanz beizufügen, wird angenommen.

Wolf (Chemnitz) beschwert sich über das Verhalten des Ausschusses bei Gelegenheit der Veröffentlichung seines Berichts über den in Hannover stattgehabten Congress der Metallarbeiter, da hierdurch den Einigungsbestrebungen Schaden erwachsen sei. — Geib beantragt, diese Frage bei der Beratung der auf die Einigung zwischen den sozialdemokratischen Parteien hinzielenden Anträge zur Sprache zu bringen. Die Sitzung wurde um 1 1/2 Uhr vertagt.

Am 3. Nachmittags fand unter dem Vorsitze von Bahlteich und Geib eine äußerst zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Der Saal konnte kaum die Hälfte der herbeigeströmten Menschenmenge fassen. Liebknecht referirte über die politische Stellung der sozialdemokratischen Partei. Sie erstrebe die Abschaffung der Klassenherrschaft; wenn sie daher feindlich aufträte gegen das deutsche Reich, so sei es nicht etwa wegen des Ursprungs des Reichs, wegen der Rechtsverletzung, aus der es hervorgegangen, sondern weil es ein Klassenstaat sei. Mit diesem stehen wir in prinzipiellem Gegensatz, und in dem Sinne sind wir revolutionär, daß wir eine prinzipielle Umgestaltung erstreben. Das ist für uns die Bedeutung des Revolutionären, und Niemand hat das Recht, einer Partei für die von ihr gebrauchten Ausdrücke eine andere Bedeutung unterzulegen, als sie selbst damit verbindet. Es ist nicht nöthig, daß die Revolution eine gewaltsame sei; er weist auf die englische Reformbewegung, auf die Korngesetzgebung hin, die wegen ihres prinzipiellen Gegensatzes zu dem Bestehenden als wahrhaft revolutionär zu betrachten sei. Um die von uns erstrebte Umgestaltung zu erreichen, müssen wir zunächst die Geister revolutionären, unsere Forderungen zu Forderungen der großen Masse des Volkes machen. Es ist ein Irrthum, wenn man meint, man könne vermittelt des Reichstags eine Umgestaltung erwirken, derselbe beruhe ja auf dem allgemeinen Stimmrecht und verrete sonach das ganze Volk. Schon diese Annahme ist eine falsche. Das allgemeine Stimmrecht ist bedeutungslos, wenn die Ausbildung desselben durch Unterdrückung der Presse und der Versammlungen gehindert ist. Während der Wahlagitacion und zum großen Theil auch wegen desselben war ein bedeutender Theil unserer Agitatoren in Haft.

Der Reichstag selbst aber ist machtlos; er ist nur eine Fierde für die Regierung, welche ihn zur Deckung ihrer Maßnahmen einsetzt. Niemals hat der Reichstag, selbst wo es sich um prinzipielle Fragen handelte, den Muth gehabt, seinen Willen, entgegen dem des Bundesraths oder Bismarcks, zu behaupten; ein Wort von diesen genügt und alle Beschlüsse des Reichstags sind nichtig. Unsere Verfassung ist eine despotische Centralisation mit demokratischen Formen; diese sei das eigentliche Wesen des Cäsarismus, wie ihn Napoleon I. und Napoleon III. in Frankreich und Bismarck in Deutschland eingeführt.

Unter diesen Verhältnissen können wir die Wahlen nur als Agitationsmittel betrachten; durch die Wahlen wird das ganze Volk in Bewegung gesetzt und diese müssen wir im Interesse unserer Partei benutzen. Unsere Reichstagsabgeordneten müssen sich hüten, zu glauben, legislativisch wirken zu können, und im Volke so den Glauben an die Bedeutung des Reichstags zu erregen.

Es ist von mander Seite betont, die Sozialdemokratie könne am besten wirken, wenn sie sich ganz von der Politik fernhalte, so entziehe man zugleich den Regierenden die Handhabe zu ihren Verfolgungen. Es ist dieses ein Irrthum, der auch auf dem letzten Congress der Internationalen Arbeiter-Assoziation zurückgewiesen wurde. Unsere Gegner selbst, d. h. die wirklichen, bewußten Gegner, diejenigen, welche die Macht haben, sie selbst wissen ganz gut, daß der Sozialismus im heutigen Klassenstaat und Militarstaat nicht möglich, daß also jede sozialistische Thätigkeit unmittelbar sich gegen denselben richte. Durch Enthaltung von der Politik würden wir also nicht die gegen uns gerichteten Schläge abwenden, sondern nur noch ohnedem die Schande der Feigheit auf uns laden. Die Verfolgungen können uns nicht schaden, wir nehmen sie freudig auf und rufen dabei, wie jene Römerin zu ihrem Gatten: „Es thut nicht weh.“ Noch nie haben Verfolgungen eine Partei vernichten können.

Liebknecht empfiehlt schließlich folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung erklärt: die sozialdemokratische Arbeiterpartei verhält sich gegenüber den jetzigen politischen Gestaltungen Deutschlands in ihrer durch die Parteiprinzipien gebotenen Stellung und betheiligte sich an den Reichstagswahlen und durch ihre Vertreter an den Reichstagsverhandlungen wesentlich nur zu agitatorischen Zwecken.“

Nach Liebknecht, dessen Rede mit großer Begeisterung aufgenommen wurde, sprach noch Motteler über die Thätigkeit des letzten Reichstags und wurde sodann die obige Resolution mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die industrielle und ländliche Arbeiterbewegung“ wurde von Nord und Grillenberger behandelt. Der Erstere gab in überaus klarer Weise eine Kritik der bestehenden Verhältnisse, auf einzelne Mißstände durch Zahlenangaben scharfe Schlaglichter fallen lassend und die Organisation der Arbeiter als einziges Rettungsmittel für die Ausgebeuteten hinstellend. Grillenberger behandelte besonders die ländliche Arbeiterfrage und ging mit großer Sachkenntnis auf die Entwicklung der Verhältnisse in England, Frankreich und Deutschland ein. Seine Ausführungen gipfelten in dem Satze, daß zunächst die Organisation der Landarbeiter und sodann in weiterer Entwicklung die Aufhebung des Privateigentums am Grund und Boden die Lösung der Landarbeiterfrage herbeiführen müsse. Eine entsprechende Resolution wurde fast einstimmig angenommen und sodann die Versammlung mit einem kurzen und kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden geschlossen.

— 20. Juli. Die gestrige Abend Sitzung begann gegen 8 Uhr. Die Delegirten sind nach Anweis der Präsenzliste sämmtlich anwesend; eine große Anzahl von Begrüßungsgewissen sind eingetroffen und werden verlesen. — Bezüglich des Berichts über die Thätigkeit des Ausschusses und der Controlcommission kommt man auf die Angelegenheit der Metallarbeiter-

gewerkschaft und die Interocacion des Ausschusses zurück. Wolf will getadelt wissen, daß der Ausschuss sich einzemelt habe, als eine Verschmelzung der bestehenden zwei Metallarbeiterorganisationen Lassalle'scher und sozialdemokratischer Richtung von Seiten der Beteiligten angestrebt wurde; dem schließt sich Scheil an. Nord und Bernstein beleuchten im Beizehail die Abkühlen der Lassalleaner und vertreten den Ausschuss, dessen Anschauungen dahin gingen, daß, ehe man an Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen denken könne, die Frage der Vereinigung der politischen Fraktionen klar gestellt oder erledigt sein müsse. An den guten Absichten der Lassalleaner werden dabei lebhafteste Zweifel ausgesprochen. Der Congress tritt schließlich mit großer Majorität der Anschauungsweise des Ausschusses bei.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungscommission sind auf dem Congress 135 Osthäfen mit 8655 Stimmen von 53 Delegirten vertreten; für den Ausschuss ist Geib, für die Controlcommission (Frankfurt) Schade, für die Redaction des „Volksstaat“ Liebknecht, für die Expedition Hadlich erschienen. 91 Orte, an welchen es Parteiorganisationen gibt, sind unvertreten, was nach Mittheilung des Berichterstatters seinen Grund darin hat, daß in Folge vielfacher Wahlagitacionsschulden Spartheil für geboten erachtet worden ist. Die Gesamtzahl der Parteiangehörigen beträgt 14.000. Die Mandate werden sämmtlich für gültig erachtet.

Der Bericht über den „Volksstaat“ und die Genossenschaftsbuchdruckerei erweist einen Status, der, ohne glänzend zu sein, befriedigend genannt werden kann. Der Abonnementstand ist 7500, das Geschäft prosperirt also, obgleich viele Unregelmäßigkeiten, welche durch die Mängel der Filialexpeditionen hervorgerufen sind, schädigend wirken. Die Aufhebung der Filialen wird deshalb vielfach beantragt, indeß beschließt der Congress einen Mittelweg, indem er den Ausschuss beauftragt, zunächst auf Beseitigung der schlechten Filialen bedacht zu sein.

Als Sitz des Ausschusses wird mit großer Majorität Hamburg, für den der Controlcommission Coburg erwählt. Schluß der Sitzung Nachts 1 Uhr.

Gewerkschaften.

Metallarbeitergewerkschaft.

Brannschweig, den 16. Juli. Im Namen der hiesigen Mitgliedschaft der Metallarbeiter fragen Unterzeichnete beim Redaktionscomité für Ausarbeitung des Protokolls der Generalversammlung zu Magdeburg an, weshalb die Protokolle noch nicht versandt sind, und womit das Ausbliben derselben nach so langer Zeit zu entschuldigen ist. Im Auftrage: Körtzing, Schubert, Ulrich.

Berlin. Bei Beginn des neuen Geschäftsjahres und nach der Generalversammlung in Magdeburg ist wohl der Wunsch in erster Linie auszusprechen, daß mehr Thätigkeit unter den Mitgliedern der Genossenschaft Platz greifen möge, damit eine leistungsfähigere Entwicklung erzielt werde als bisher. Besonders gilt das für Berlin, wo gegenwärtig eine Pässigkeit eingetreten ist, die wohl durch die Geschäftsstockung erklärlich, aber nicht zu entschuldigen ist. Zunächst sind es die regelmäßigen Monatsversammlungen, welche mehr von den Mitgliedern besucht werden müssen, als es in letzter Zeit der Fall war. So war beispielsweise die letzte Januarversammlung so schwach (von nur 16 Mann) besucht, daß es nicht möglich war, dieselbe als öffentliche, verbunden mit Vortrag und Disfussion abzuhalten. Dieselbe war also nur eine geschäftliche. In derselben wurden gleichwohl wichtige Gegenstände besprochen und besonders über den beachtlichen Metallarbeiterverband durch den zweiten Vorsitzenden desselben, Herrn Heiland, bemerkenswerthe Mittheilungen gemacht, wonach es außer Zweifel erscheint, daß eine wirkliche Vereinigung durch das Verscharen gewisser Persönlichkeiten unmöglich gemacht wird. In Bezug auf die Verwaltung wurde der Beschluß gefaßt: Die Beiträge der Mitglieder aus Berlin nur dann allmonatlich an die Hauptkassenzusenden, wenn seitens der letztern statutenmäßig die Quartalsabrechnungen erfolgen. Ebenso wurde die Nothwendigkeit betont, die Vereinigung der Gewerkschaften in Berlin mehr zu pflegen und besonders gemeinschaftlich Agitationsversammlungen abzuhalten.

Gewerkschaften aller Metallarbeiterbranchen, erkenne eure Klassenlage und begreife die Nothwendigkeit der Organisation in der Gewerkschaft. Tretet ein in dieselbe und reichet uns die Bruderhand bei der schweren Arbeit für Verbesserung unserer gedrückten Lage.

Mit Brudergruß und Handschlag
D. Haventz, Sec.

Crimmischau, 20. Juli. Da bis jetzt das Protokoll von der Magdeburger Generalversammlung noch nicht in die Hände der Mitglieder gelangt ist (was eigentlich nummehr geschehen sein sollte), sieht sich der Hauptfasser der Krankenkasse veranlaßt, um überflüssigen Anfragen, welche doch Geld und Zeit kosten, vorzubeugen, folgendes zu veröffentlichen: 1) diene den Mitgliedern zur Kenntniss, daß nur vom 1. Juli a. c. ab die Pflichten und Rechte der Krankenkasse betr. in Kraft getreten sind und von da ab etwa vorkommenden oder schon vorgekommenen Anforderungen erst Rechnung getragen werden kann. Alle früheren Uebelstände der bisher bestandenen Lokalrankenkassen sind die letzteren verpflichtet, selbst zu beseitigen. 2) sind die Krankenkassenstempel vom Unterzeichneten zu beziehen, falls selbige an manchen Orten noch nicht angefertigt worden sind. 3) wird bekannt gemacht, daß der Gewerkschaftsbeitragsammler nicht auch die Krankenkassenbeiträge erheben darf, vielmehr muß hierzu bei jeder Mitgliedschaft eine besondere Persönlichkeit erwählt werden. Ferner werden sämmtliche Mitgliedschaften, welche die Krankenkasse einführen, ersucht, sofort bei der Gründung sowie bei jeder Abrechnung das Mitgliedsverzeichnis an Unterzeichneten einzusenden.

Metallarbeiter allerorts, schließt Euch der Gewerkschaft und deren Krankenkasse an, denn bloß durch eine starke Organisation können wir unsere Lage verbessern, welche ohne dies immer mehr dem Elend entgegen geht, denn auch bei uns ist unbedingt Organisation nöthig, wenn wir unsere Lage nicht immer schlechter gestellt sehen wollen.

Der Ausschuss der Krankenkasse.

J. A.: Rudolph Habelitz, Riedre Vorstadt 357.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. In Würzburg ist das Mitglied Baltasar Willibad aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. In Speyer a. Rh. hat sich eine Mitgliedschaft gebildet, Bevollmächtigter ist Michael Fürst bei Herrn Guldin, Kassirer Hellmuth, Schriftführer H. Ilber, Revisor Mod. Da Speyer die älteste Stadt ist, welche unserer Gewerkschaft angehört, fordern wir die dortigen Kollegen auf, fest und unerschütterlich zu uns zu stehen und sich zu bemühen, auch die übrigen Städte an die Gewerkschaft heranzuziehen. In Ludwigshafen

zählt die Reiseunterstützung S. Diez, bei J. Rödel. Da Unterzeichneter 8 Tage von hier abwesend, bitte ich gefälligst darauf Rücksicht zu nehmen, wenn einlaufende Correspondenzen nicht gleich beantwortet werden.
Brüderlichen Gruß
B. Bod.

Leipzig. In Nr. 80 des „Volkstaat“ machen unsere Mitglieder in Halle bekannt, daß ich daselbst als Bevollmächtigter gesprochen hätte. Dies beruht auf einem Irrthum. Seit vorigem Jahr nach der Generalversammlung habe ich ein Amt nicht bekleidet, indem zu meiner größten Freude unsere Mitgliederzahl jetzt so stark ist, daß sich die Verheiratheten und Selbstständigen immer mehr zurückziehen, und den Jüngeren und Ledigen die Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten überlassen können. Dennoch aber kommt es vielfach vor, daß Mitglieder mich aufsuchen, in der Meinung, die für Durchreisende erforderlichen Angelegenheiten mit mir sichten zu können, natürlich müssen sie unverrichteter Sache wieder gehen, was sie sich selbst zuschreiben haben. Es ist dies ein Zeichen, wie wenig und mangelhaft unser Organ, der „Volkstaat“ gelesen und die darin befindlichen Bekanntmachungen beobachtet und gemerkt werden. Ueber diesen letzten Punkt nächstmal.
Schäfer.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Braunschweig, 20. Juli. Dem Ausschuss sind folgende Anträge zugefand. Die Mitgliedschaft Leipzig stellt den Antrag: 1) Die Generalversammlung wolle beschließen, bei dem Kranken-Unterstützungsbunde ein Sterbegeld von 10 Thlr. festzusetzen, mit dem Amendement, daß, falls ein Unverheiratheter stirbt, ohne Verwandte zu hinterlassen, oder daß diese sich nicht um den Verstorbenen kümmern, das Inventar desselben der Kasse zufällt. 2) Die Generalversammlung möge beschließen, daß jeder Verheirathete für seine Ehefrau eine monatliche Steuer von 1/2 Gr. (5 Pf.) R. M. zu entrichten hat, mit dem Zusatz, daß, falls der Mann zuerst stirbt, es der Frau anheim gestellt bleibt, fort zu steuern. Ludwig Witt in Leipzig stellt den Antrag: Die Generalversammlung möge eine gewisse Höhe der Einnahme des Kranken-Unterstützungsbundes zum Reservefond festsetzen und zugleich bestimmen, aus welchen Geldern derselbe zu bilden ist.

Halle a. S., 20. Juli. Vereingenoßen! Ich bringe hiermit zur allgemeinen Kenntniß, daß sich das Lokal-Comité konstituiert hat und werden wir am 15. August von Mittag an erkenntlich an rothen Schleifen, im Wartesaal 3. und 4. Klasse die Delegierten empfangen. Collegen, thue ein Jeder seine Schuldigkeit, damit eine rege Theilnahme zur Generalversammlung stattfindet, wir werden dadurch den Brüdern, die uns noch fernstehen, auf neue den Beweis liefern, daß unsere Organisation keine Illusion ist, sondern daß wir mit aller Kraft an unserm Wahlpruch festhalten: Alle für Einen und Einer für Alle.

Briefe etc. sind an Unterzeichneten zu richten.

Im Auftrage:

Julius Beyer, Kl. Sandberg 21, Hof rechts 1 Tr.

NB. Das Versammlungslokal zur Generalversammlung befindet sich Berggasse 1, bei Herrn Schiergott.

Correspondenzen.

Zwickau, 16. Juli. Heute stattete uns Parteigenosse Liebknecht bei seiner Durchreise zum Congreß einen Besuch ab. Es haben sich deshalb von verschiedenen Orten der Umgegend und von hier die Parteigenossen zu einem gemüthlichen Beisammensein in der Volkshalle eingefunden. Im Laufe der Unterhaltung lenkte sich das Gespräch auch auf das Knappschaffswesen der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter, wie man schon eine Reihe von Jahren daran gearbeitet hat, diese Knappschaffsklassen zu vereinigen und unter die Verwaltung der Arbeiter zu stellen, ohne bis jetzt Etwas erreicht zu haben. Herr Dinter stellte deshalb die Frage an Herrn Liebknecht, welcher Ansicht er wohl sei bezüglich eines ferneren Vorgehens in dieser Angelegenheit. Derselbe erklärte, daß er es für das Richtige halte, zunächst eine Delegirtenversammlung einzuberufen, auf welcher womöglich alle Belegschaften des sächsischen Bergbaues vertreten sein sollten.

Mit dieser Ansicht des Herrn Liebknecht erklärten die Anwesenden sich einverstanden. Natürlich kam es bei dieser Gelegenheit auch dazu, daß das bisherige Vorgehen des Herrn Dinter von verschiedenen Seiten einer Kritik unterzogen wurde, worauf derselbe schließlich erwiderte: Wir liegen an der ganzen Sache nicht; ich mag gar nichts mehr davon wissen. Daß sich Herr Dinter durch diese Erklärung in den Augen der Anwesenden nicht in das beste Licht stellte, wird Jeder begreifen. Zum Schluß acceptirten alle den Liebknecht'schen Vorschlag und es wurden sofort 6 Mann beauftragt, die Einberufung eines Delegirtentages so bald als möglich anzubahnen. Herr Liebknecht gab noch die Erklärung ab, daß er und die Herren Motteler und Geib bei dieser Sache so viel als möglich mitwirken würden. Dieser Schritt ist gewiß ein erfreulicher zu nennen und es ist zu wünschen, daß sich die Bergarbeiter alle an der Bewegung theilnehmen möchten, da es sich hier speziell um ihre eigenen Interessen handelt.

Cöln, 13. Juli. Wir bringen den Collegen Deutschlands hiermit zur Kenntniß, daß sich ein Fachverein der Schuhmachergesellen für Cöln und Umgegend gebildet hat, der in der kurzen Zeit seines Bestehens schon 60 Mitglieder aufzuweisen hat und zu weiteren schönen Hoffnungen berechtigt. Collegen, wir haben den ersten Schritt in die Deffentlichkeit gethan, wir haben die erste Broschüre vor der Hand auf gewerkschaftlichem Gebiete unter der Schuhmacher Cölns gelegt, nun erwarten wir aber auch von Euch, daß Ihr uns in unserm weiteren Bestreben unterstützt. Wir haben auch ein unentgeltliches Arbeits-Vermittlungs-Bureau errichtet, welches sich im Schwarzwald bei Herrn Modemann, Streitsengasse Nr. 37, befindet und täglich mit Ausnahme der Sonnabende und Sonn- und Feiertage jeden Abend von 8—10 Uhr, jedoch des Montags Morgens von 9—12, und Abends von 6—8 Uhr geöffnet ist.

Die Sitzungen des Fachvereins finden jeden Montag Abends 8 Uhr im vorerwähnten Lokale statt. Die zureisenden Collegen wollen bei geschlossenem Bureau sich gefälligst an den Vereinswirth wenden. Die Gewerkschaftsverwaltungen, die Bevollmächtigten, sowie die Vorstände von Fachvereinen werden freundlichst ersucht, ihre Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen wegen Uebersendung eines Circulärs.

Der Fachverein der Schuhmachergesellen für Cöln und Umgegend.

A. Ries, Thieboldsgasse Nr. 121.

Alle arbeitersfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden freundlichst ersucht.

Gainsdorf bei Zwickau. Sonntag, den 12. Juli fand im Frank'schen Gasthose hier eine von ungefähr 200 Personen besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete J. Motteler Bericht erstattete über die Thätigkeit der sozialdemo-

kratischen Abgeordneten im Reichstage. Nachdem Motteler zuvor treffend unsere jetzigen Zustände charakterisirt und den Begriff öffentliche Meinung festgestellt hatte, ging derselbe auf die verfloßene Reichstagsession über, wobei wir viel Neues und mitunter fast Unglaubliches über das Treiben der Parteien im deutschen Reichstag zu hören bekamen. Der Redner kritisirte sämtliche Vorlagen, welche in letzter Session dem Reichstag vorgelegen haben, in fast dreistündiger Rede und versprach zum Schluß — was wir auch glauben — auch fernerhin seine volle Schuldigkeit zu thun.

Gronau a. d. Leine, 13. Juli. (Staatsretterei.) Den 1. Juli früh 9 Uhr wurde ich auf Antrag der Kronanwaltschaft zu Hildesheim durch die Gendarmen des Amtsgerichts Elze verhaftet wegen Fluchtverdachts und Verheimlichung des Aufenthaltsorts, und doch habe ich zweimal an die Kronanwaltschaft geschrieben mit Angabe meiner genauen Adresse, auch habe ich durch die Kronanwaltschaft 5 Verfügungen erhalten. Nachdem die zwei mich begleitenden Gendarmen durch Baden ihrer Gewehre mir begreiflich gemacht, daß ich einen Fluchtversuch nicht wagen möchte, was mir auch fernlag, wurde ich in das Untersuchungsgefängniß abgeliefert. Ich hatte in Ahlfeld, wo mir vorgeworfen wurde, ich hätte zur Revolution aufgefordert, einen politischen Disput mit einem Kaufmann über das Programm unsrer Partei. Die Kronanwaltschaft, welche durch ihre Denunzianten davon erfahren hatte, hat Strafantrag gestellt wegen Vergehens wider die §§ 130 und 131. Auf meinen bei der Rathskammer zu Hildesheim eingelegten Protest wurde durch deren Beschluß der Haftbefehl annullirt und ich den 6. Juli 7 1/2 Uhr Abends auf freien Fuß gesetzt. Bei der Motivirung meines Antrags habe ich mir jedoch wieder einen neuen Proceß zugezogen; ich habe nämlich die Behauptungen der Kronanwaltschaft für wissentliche Lügen erklärt. Es ist bereits Strafantrag gestellt, und habe ich Vorladung vor den Untersuchungsrichter des Amtsgerichts Elze auf Mittwoch den 15. Juli. Heute war Hauptverhandlung vor der Verurtheilungskammer zu Hildesheim. Mein Verteidiger, der mir vom Präsidium zugeordnet war, und mich ausgezeichnet vertheidigte, heißt Nummer 8. Ich sowie die Kronanwaltschaft hatten Vernehmung ergriffen. Nach dreistündiger Verhandlung wurde folgendes beschlossen: Der Antrag der Kronanwaltschaft sowie des Angeklagten wird verworfen. Die Verhaftung des Angeklagten wird abgelehnt, weil derselbe keine Anstalten getroffen hat, welche die Verhaftung rechtfertigen würden. Die Strafe wird, weil zu hoch, auf 3 Monate (statt 4 Monate) herabgesetzt, im Uebrigen das Urtheil der ersten Instanz bestätigt. Mein Verteidiger will die Nichtigkeit anmelden. Der Kronanwalt hob hervor, an meiner vaterlandstosen Gesinnung müßte ein Exempel statuirt werden.

Hildesheim. Da wir die hiesige Gewerkschaft noch immer nicht auf die Höhe bringen können, die wir wünschen, so haben wir beschlossen, durch öftere Versammlungen ein etwas regeres Leben in die Gewerkschaften, die sich bislang noch nicht angeschlossen, zu bringen, was hier für Hildesheim besonders nöthig thut, denn die meisten sind hier noch in geistige Trägheit versunken. Sonnabend vor drei Wochen war die erste Versammlung, und vor acht Tagen die zweite. Leider sind wir durch die hiesigen Blätter so schlecht im Rufe, daß die Leute es nicht der Mühe werth halten, nach den Versammlungen hinzugehen, und so war die erste Versammlung schlecht besucht. Bei der zweiten Versammlung hatten wir den hiesigen Arbeiterverein und seine Zelle auf der Tagesordnung gesetzt. Es waren nun mehr Personen anwesend, unter andern auch Vertreter des Arbeitervereins, der hauptsächlich ein Kranken- und Todtenkassenverein ist. Als Redner waren hier Herr Ulrich und Göbbel aus Braunschweig. Herr Ulrich ging in klarer gediegener Rede bis auf die Arbeiter der frühesten Zeit zurück, führte aus, wie die Arbeit durch die Einführung der Maschinen und Aneignung derselben durch die besitzende Klasse zur jetzigen Lohnarbeit geworden sei. Durch Gründung der Gewerkschaften sei es dem Arbeiter möglich gemacht, sich über seine Klagenlage klar zu werden und durch Vereinigung in etwas der Ausbeutung einen Damm zu setzen. In der folgenden Debatte über den Arbeiterverein konnten dessen Vertreter den Ausführungen unserer Redner gegenüber nicht anders, als unsere Prinzipien anzuerkennen, was indeß nicht hindern wird, an anderer Stelle über uns herzufallen. Die hiesigen Mitglieder sind fast alle vom besten Eifer besetzt, und so hoffen wir, bei fortlaufenden Versammlungen, wozu uns von Hannover und Braunschweig Unterstützung zugesagt ist, doch noch eine respektable Höhe der Mitgliederzahl zu erreichen.

Philadelphia. Da in verschiedenen deutschen Zeitungen auf die 1876 in Philadelphia projectirte Weltausstellung hingewiesen wird, und da dieselben Zeitungen daran die Bemerkung knüpfen, daß für die nächste Zeit fleißige Arbeiter in Philadelphia Arbeit und hohe Löhne finden werden, so fühle ich mich veranlaßt, die gegenwärtige Lage der Arbeiter Philadelphias ein wenig zu beleuchten. Letzten Winter hofften die auf dem Pflaster liegenden hungernden Arbeiter sehnsüchtig auf den Frühling, sich von der Herstellung des Ausstellungsplatzes und der Ausstellungsgebäude lohnende Arbeit versprechend. Bis jetzt (Ende Juni) werden von den Ausstellungscommissären im ganzen „neunzig“ Mann beschäftigt. — Noch ehe der erste Spatenstich auf dem Ausstellungsplatz gethan wurde, beliesien sich die Ausgaben für Zeitungsannoncen, Salair der Directoren und Commissäre und für Hotel-, Kutschen- und Weinrechnungen und sonstige kleine Ausgaben derselben, auf mehr denn 150,000 D. (200,000 Thlr.), die Ausgaben für Arbeitslöhne betragen bis jetzt noch nicht 3000 D. (4000 Thlr.). Jeder Commentar dazu ist überflüssig. — Trotz der schön klingenden, und alles mögliche versprechenden Aufforderungen der Presse, an die Kleinbürger und Arbeiter Philadelphias, ihre erborgten Sparspennige in den Ausstellungsfond stecken zu lassen, kommt nur ein kleiner Theil der dummgläubigen Spieglbürger der Aufforderung nach, der größere Theil der hiesigen Kleinbürger geht, soweit er nicht schon in das Proletariat hinabgeschleudert ist, in nächster Zeit unrettbar seinem ökonomischen Untergang entgegen. — Die Arbeiter Philadelphias sind fast durchgehends nicht in der Lage, dem Ausstellungschwindel pekuniäre Opfer zu bringen, da sie in der Mehrzahl mit bitterem Mangel zu kämpfen haben, denn augenblicklich befinden sich fast so viel Arbeiter ohne Arbeit, als in der schlimmsten Periode des letzten Winters (6000). — Statistische Erhebungen in einem hiesigen Arbeiterverein, dessen Mitglieder in der Mehrzahl zu den Bessersituirten zählen, haben letztes Jahr einen Durchschnittslohn von 339 1/2 D. ergeben, während bei einer, nur einigermaßen anständigen Lebensweise, die Durchschnittsausgaben über 500 D. betragen. Für dieses Jahr dürfte das Resultat noch bedeutend ungünstiger ausfallen. — Die unter falschen Vorpiegelungen in bedeutender Zahl nach allen größeren Städten Americas gelockten italienischen Arbeiter bieten sich hier um den Preis von 50 Ct. per Tag für schwere Arbeit an, und trüben dadurch die ohnehin schon sehr niedrigen Löhne der irischen und deutschen Arbeiter herunter. — Im großen Ganzen ist der Arbeitslohn der nordamerikanischen Arbeiter auf das Niveau der

europäischen Arbeiter herabgedrückt, während der Ueberfluß an Arbeitskraft in Philadelphia und New York bedeutend größer ist, als in irgend einer europäischen Fabrikart. —

Dieser deutschen Arbeiter, welche der Katastrophe durch die Auswanderung nach Amerika zu entgehen hoffen, werden finden, daß die sozialen Verhältnisse hier ganz dieselben sind, wie in allen Ländern mit entwickelter Industrie, und daß sie unter erschwerenden Umständen den Kampf hier aufzunehmen haben, welchem sie auszuweichen hofften. Mit sozialdemokratischem Gruß
E. Breite.

Briefkasten

der Redaktion. J. Auer: W. Wirths-Berlin bittet dringend um Ihre Adresse. — L. in Eisenach: Sie können die betr. Nummern bei der Expedition nachbestellen. — D. in Berlin: Ist eingetroffen. Die Kullmann-Bismarck-Affaire wird mit der heutigen Nummer schon zu wiederholter Malen behandelt.

der Expedition. O. Ghar Eisenburg: Wollen Sie mit August der Post abonniren, es ist dies am billigsten. S. Piehler Götting: Senden Ihnen die gewünschten Nummern, das Porto mit 1/2 Gr. ist zurück zu vergüten. P. Rth Hamburg Ann. Ktn. 13 Gr. Ghr hier Schr. 4 Gr. Kfmann Dresden Schr. Gr. 16 5. Luke Dresden Schr. Thlr. 1 14. Pfsche Berlin Ann. Thlr. 2 1. Ctr Donawitz Ab. Thlr. 1 4. Ph. R. Rannheim Ab. Thlr. 7 13. Ghar Eisenburg Ab. 10 Gr. Vgr Preßburg Ab. 2 Thlr. Vgr Bremen Ann. 24 Gr. Ml Offenbach Schr. 8 Gr. Ctr Magdeburg Schr. Thlr. 1 10 5. S. E. Wif Witten St. Niklas Ann. 8 Gr., Ihre heutige Ann. 1 10 Gr. A. Schfer Herbede f. Schr. 7 Gr. Ghrbg Cöln Ab. „Arb.-Ztg.“ Thlr. 1 5 für Kzbbzusendung sind noch 5 Gr. nachzuzahlen.

Anzeigen etc.

Augsburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Samstag, den 25. Juli: Mitgliederversammlung. Der Ausschuss. Zahlreichen Besuch erwartet.

Berlin Sonntag, den 26. Juli, Nachmittags von 4 Uhr ab: Gemüthliche Zusammenkunft bei Carius, Prinzenstraße 72. Zweck: Abschied von Heinsch. Parteigenossen und Freunde zu zahlreichem Besuch eingeladen. Trautmann. Schuster.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 25. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung, Andreasstraße 26 bei Gittel. G. Lemke.

Gohlis Arbeiterverein. Montag, d. 27. Juli, Abends 1/2 9 Uhr: Versammlung im Tunnel (Kauzsch).

Hamburg Mittwoch, d. 22. Juli, Abends 9 Uhr: Oeffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung in Oberhans Clublokal, Bergbaumarkt Nr. 31. Tagesordnung: 1) Die Organisation des deutschen Tabak-Arbeitervereins. 2) Die diesjährige Generalversammlung. Referent Herr Reister aus Hannover. J. A.: P. Rath.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Sonntag, den 25. Juli: Sommer-Vergnügen in Bellevue, in Gimsbüttel. Anfang Nachmittags um 4 Uhr. Preis der Karte 5 Schillinge. — Damen frei. Karten sind zu haben am Montag in der Versammlung bei Hansch, Schauenburgerstraße 14, ferner bei den Colporteurs Schulz u. Schulte, bei Trautmann, Dragonershall unter 25 und bei Geib, Rodingmarkt 12. Um zahlreiche Theilnahme ersucht Das Fest-Comité.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Montag, d. 27. Juli, Abends 1/2 9 Uhr: Geschlossener Versammlung in Hansch's Clublokal, Schauenburgerstraße 14. T.-D.: Congreßbericht durch Hrn. A. Geib.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 25. Juli: Versammlung, Windmühlstraße 7. — Sozialer Wochenbericht von Enderlich.

Ich bringe hiermit allen Freunden und Parteigenossen zur Kenntniß, daß am 12. d. M., Nachmittags 3 1/2 Uhr mich meine Frau Wilhelmine geb. Kunze mit einem kräftigen Jungen erfreute, welcher unter dem Namen Gustav Florens ins Civilstandsregister eingetragen wurde. Müssen St. Niklas, 19. Juli 1874. Viktor Gregott Wolf.

Mit Nr. 22 vom 4. Juli a. begann ein neues Abonnement auf die „Newyorker-Arbeiterzeitung“ Dieselbe erscheint wöchentlich. Preis pro Quartal 1 Thlr. 5 Gr.; Pränumerandobzahlung. Die bisherigen Abonnenten, welche binnen 8 Tagen nicht ihre Bestellungen erneuert, erhalten kein Expl. mehr zugesandt. Bestellungen nimmt entgegen Leipzig, 10. Juli 1874. Die Expedition des „Volkstaat.“

Soeben erschien: **Christenthum und Sozialismus.** Eine Polemik zwischen Hrn. Kaplan Hohoff in Hülse und dem Verfasser der Schrift: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage etc.“ 34 Seiten groß Oktav. Preis 1 1/2 Ngr.

Die Grund- und Bodenfrage. Von Wilt. Liebknecht. 128 Seiten groß Oktav. Preis broschirt 5 Ngr.

Leipziger Hochverrathsprozesse 12. (Schluß-) Lieferung. Die „ungehaltenen“ Reden enthaltend. 72 Seiten. Preis 2 1/2 Groschen. Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Postvorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Expedition des „Volkstaat.“

Leipzig: Verantw. Redakteur: W. Freißer. (Redaktion und Expedition Reichstr. 14.) Druck und Verlag der Gewerkschaftsdruckerei